

HILTRUP

Nr. 35 OKTOBER 1985 **HEUTE und MORGEN**

INFORMATIONEN - MEINUNGEN - AKTUELLES - INFORMATIONEN - MEINUNGEN

Die Beratung der Bezirksvertretung über den Ausbau der Hammer/Westfalenstraße begann mit einer Überraschung.

Die Stadtverwaltung legte einen Plan auf den Tisch, nach welchem das noch fehlende Teilstück der Meesenstiege sowie die Hohe Geest in einem gemeinsamen Kreuzungsbereich in Höhe des Gewerbegebiets Merkureck an die Westfalenstraße angebunden werden soll. Damit wäre eine seit langem erhobene Forderung der SPD verwirklicht worden.

zulehnen. Nach unserer Auffassung sollte die Verkehrsplanung an der Westfalenstraße drei Kriterien berücksichtigen.

① Die Verkehrsstauungen in den Spitzenzeiten an der Westfalenstraße vor bzw. hinter der Eisenbahnbrücke sind zu einem großen Teil auf die kurze Folge der Einmündungen Hohe Geest, Vennheideweg und eines Fußgängerüberweges zurückzuführen. Diese Verkehrsstauungen müssen - nicht zuletzt auch im

Wolfgang Krause:

Die Überraschung

Ob dies tatsächlich einmal so eintrifft, darf jedoch nach dem Verlauf der Beratungen bezweifelt werden.

Gegenstand der Beratungen der Bezirksvertretung war nämlich lediglich der Bebauungsplan Nr. 295, dessen südliche Grenze jedoch einige hundert Meter weiter im Norden an der Ortsgrenze Münster liegt.

In diesem Vorentwurf schlug die Verwaltung vor, die Westfalenstraße bis zur Ortsgrenze Münster vierspurig auszubauen, sowie die Hohe Geest etwa 75 m südlich von der derzeitigen Einmündung in die Westfalenstraße mittels einer großzügig ausgebauten Kreuzung neu anzubinden. In diese Kreuzung soll nach dem Willen der städtischen Planer auch der aus Wasserschutzgründen nach Süden verlegte Vennheideweg einmünden. Die zu Beginn der Beratung in Aussicht gestellte Kreuzung Meesenstiege/Hohe Geest und Westfalenstraße war in diesem Plan jedoch nicht mehr enthalten und stand daher auch nicht zur Abstimmung an. Anstatt die Verkehrsprobleme an der Westfalenstraße in ihrer Gesamtheit zu betrachten, hat die Verwaltung ohne einsichtigen Grund die Problemlösung in zwei voneinander unabhängige Bebauungspläne gepackt und erhoffte sich so vielleicht die ratenweise Zustimmung.

So blieb der SPD-Fraktion nur die Möglichkeit, den Bebauungsplan Nr. 295 in Gänze ab-

Interesse der dortigen Anlieger, jedoch unter größtmöglicher Schonung der Umwelt - auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Dies kann nur durch einen Bebauungsplan gewährleistet werden, der die Westfalenstraße von der Eisenbahnbrücke bis etwa zum Krankenhaus beinhaltet.

② Der Schleichverkehr, der sich in Richtung Amelsbüren und Senden über den Vennheideweg bewegt, muß aus diesem Wohngebiet herausgehalten werden.

③ Die Bewohner des nördlichen Teils der Hohen Geest, des sog. Schwienedorps, sollten vom Durchgangsverkehr nach Münster entlastet werden. -weiter Seite 2 -

Nach über 10 Jahren ist es nun endgültig: die B67n wird nicht gebaut!
Die SPD-Hiltrup, unter Führung des damaligen Ratscherrn Theo Dopheide, war von Anfang an gegen den Bau dieser Schnellstraße. Jetzt endlich hat sich der stetige Kampf gegen dieses Projekt und damit gegen die CDU ausgezahlt. Die B67n ist nicht mehr im neuen Bundesverkehrswegeplan enthalten. Henni Rönge

Verkehrt gedacht?

***** S P D - Vorschläge *****

Um dies zu erreichen, hat die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung folgende Alternativplanung vorgeschlagen:

➡ Hohe Geest sowie das letzte noch zu bauende Teilstück der Meesenstiege werden in Höhe des Gewerbegebiets Merkureck an die Westfalenstraße angebunden. Die bisherige Einnündung der Hohen Geest in die Westfalenstraße wird für den Kraftfahrzeugverkehr geschlossen. Diese Maßnahme würde eine Verkehrsberuhigung des Schwienedorps herbeiführen und den Ortskern Hiltrups vom Durchgangsverkehr nach Amelsbüren entlasten, da dieser die Meesenstiege benutzen könnte.

➡ Die Einnündung Vennheideweg in die Westfalenstraße wird ebenfalls geschlossen. Die Anwohner erhalten die Möglich-

keit, über Biel Esch die Meesenstiege und damit die Westfalenstraße zu erreichen. Der Schleichweg über den Vennheideweg hat wegen des damit verbundenen Umwegs dann seine Attraktivität verloren.

➡ Ob ein vierspuriger Ausbau der Westfalenstraße notwendig ist, sollte nach Abschluß dieser Maßnahmen eingehend geprüft werden.

*****CDU-Beschlüsse*****

Weder dieser Vorschlag noch der Vorschlag der Verwaltung fanden in der Bezirksvertretung eine Mehrheit. Beschlossen wurde wieder einmal - wie so häufig in dieser Stadt - das, was die CDU will: Vierspuriger Ausbau der Hammer/Westfalenstraße !!!

Die Einnündung der Hohen Geest in die Westfalenstraße will sie am liebsten dort lassen, wo sie heute ist, freilich besser aus-

-Schluß auf Seite 5 oben rechts-

Da der bisherige BV-Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Michael Crone, aus beruflichen Gründen Münster verlassen und sein Mandat in der Hiltruper Bezirksvertretung abgegeben hatte, wählte die Fraktion als Nachfolger den bisherigen Stellvertreter:

Friedhelm Schade

28 Jahre jung; wohnhaft in Hiltrup, Hölderlinweg 62; Telefon 7888. Seit 1976 im SPD-Ortsverein Amelsbüren.

Im Juso-Unterbezirk von Münster arbeitet er im Bereich Jugendarbeit mit. Seit 3 1/2 Jahren ist er Mitglied im SPD-Unterbezirksvorstand Münster, mit den Aufgabenbereichen Öffentlichkeitsarbeit und Neue Technologien.

Seit 1980 ist Friedhelm Schade Mitglied der Bezirksvertretung Hiltrup Seine Schwerpunkte Jugendpolitik und Schule ergänzt er seit 1984 verstärkt um Wirtschaftspolitik.

"Kommunalpolitik in der Bezirksvertretung ist die unmittelbarste Politik. Der Kompetenzbereich der Bezirksvertretung ist gegenüber dem Rat ausgeweitet worden. Durch die größere Nähe zum Bürger sollen Verbesserungen in der Arbeit der gewählten Organe und der Verwaltung ermöglicht werden.

Die Mitwirkung und Zustimmung der Bürger wird erreichbar sein, wenn die Ziele der Politik verständlicher werden. Die Bürger sollen ihre eigenen Sorgen und Hoffnungen darin wiedererkennen, damit der Zusammenhang von Politik und Alltagswelt nachvollziehbarer wird."

In diesem Sinne will Friedhelm Schade mit der SPD-Fraktion die Politik direkter gestalten.



Foto: R. Vernier Text: J. Schraeder

Dürfen wir es uns erlauben, Kraftfahrzeuge mit ihrer für unser Wasser so gefährlichen Benzin- und Ölfüllung ohne ernstzunehmenden Grund, d.h., "nur so zum Spaß" im Wasserschutzgebiet umherfahren zu lassen?

Lauffaule Jogger

- Freie Autofahrt in die Hohen Ward ? -

Wenn es nach dem Willen einer Gruppe von 15 Joggern ginge, würde der Trinkwasserschutz hinter ihrer Bequemlichkeit zurückstehen müssen. Sie will jetzt in einem Bürgerantrag den Rat der Stadt Münster dazu bringen, die insbesondere aus Gründen des Trinkwasserschutzes vorgenommene Sperrung der Straße Zur Hohen Ward für Autos freizugeben.

EGOISTISCHE ZIELE

In der Bezirksvertretung war die Gruppe nicht zu ihrem egoistischen Ziel gekommen, weil die CDU-Fraktion ihren (vermutlich unter dem Einfluß des wohl gerade auf Stimmfang befindlichen CDU-Rats Herrn Reisener, der in diesem Fall seine ganz persönlichen Interessen als Jogger vertreten wollte) sicher etwas vorschnell gestellten Antrag auf Aufhebung der Sperre zurückgezogen hatte. Die von der Verwaltung vorgetragenen Sachargumente waren auch für die CDU-Fraktion überzeugend.

SPERRUNG VERDEUTLICHT

Was war geschehen? An der Straße Zur Hohen Ward waren die Zusatzschilder "Anlieger frei" von den Sperrschildern entfernt worden, so daß die Jogger jetzt nicht mehr mit dem Auto bis in den Wald fahren konnten. Weil sie keine echten Anlieger waren, hätten sie das streng genommen vorher auch nicht gedurft (schließlich war dies von Anfang an die Absicht bei der Sperrung der Straße), aber die Beschilderung ließ Zweifel zu, so daß die jetztige klare Beschilderung notwendig war.

SONDERRECHTE FÜR JOGGER

Mit allen Mitteln (sogar vor einer unhaltbaren, dafür aber umso schäbigeren Verdächtigung eines honorigen Anliegers scheidet man nicht zurück) versuchen nun die offenbar sehr lauffaulen Jogger (diese Paradoxie verwundert mich übrigens immer wieder) für sich Privilegien zu erreichen und zu verhindern, daß sie, wie andere Besucher der Hohen Ward

auch, ihre Fahrzeuge auf dem Parkplätzen am Rande der Hohen Ward abstellen müssen. Und das alles nur wegen weniger 100 Meter.

LEUGNEN DER PROBLEME

Argumente für den Trinkwasserschutz werden von ihnen schlicht als "mangelnde Sachkenntnis" bezeichnet.

Die Tatsache, daß die begrünten Wegränder tiefe Spuren der Zerstörung durch Kraftfahrzeuge aufweisen, wird einfach geleugnet. Andere ebenso unwiderlegbare Argumente, z.B. die Schädigung des Waldes durch Autoabgase schlechthin oder der Anspruch der vielen Erholungssuchenden in der Hohen Ward auf autofreie Spazierwege, werden gar nicht zur Kenntnis genommen. Daß alle anderen Wege und Straßen in der Hohen Ward aus denselben Gründen ebenfalls für Kraftfahrzeuge gesperrt sind, halten diese "Naturfreunde" vielleicht sogar für richtig. Nur, - für sich selbst wollen sie das nicht akzeptieren.

VERANTWORTUNG

Umwelt und Naturschutz muß selbstverständlicher Teil unseres täglichen Lebens werden, wenn wir unsere Verantwortung für Mensch und Natur ernstnehmen. Diese Verantwortung darf nicht aus purer Bequemlichkeit schon am ersten Sperrschild in Frage gestellt werden. Das hat nichts mit der vom CDU-Rats Herrn Reisener nach dem Motto "Die Freiheit des Bürgers ist auch die Freiheit zur Umweltzerstörung" an die Wand gemalte Schreckensvision der "Einschränkung des Freiraums der Bürger durch kleinliche Vorschriften" zu tun.

ANTRAG VERWERFEN !!!

Rat und Verwaltung der Stadt sind aufgerufen, dem umweltfeindlichen Begehren dieser kleinen Gruppe eigensüchtiger Jogger die gehörige Abfuhr zu erteilen und den Antrag der einzigen dafür zuständigen Stelle zu überantworten - dem Papierkorb.

Theo Dopheide

Die SPD-Fraktion hat am 18.09.1985 einen Leitantrag zur "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" in den Rat eingebracht. Er beinhaltet, die unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersstufen (Kindertagesstätten, Tagesmütter, Elternselbsthilfegruppen) so zu erweitern, daß der berechnete Wunsch von Eltern, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, realisierbar wird.

Henni Hohage

Nur vor dem Gesetz sind

Kinder aller Alterstufen haben berufstätige Mütter. Die Zahl der berufstätigen Mütter hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Die Zahl der berufstätigen Mütter mit Kindern unter 15 Jahren hat sich verdreifacht, d. h. im Bundesdurchschnitt ist jede zweite Frau mit Kindern unter 15 Jahren berufstätig.

Diese Tatsache ist allgemein bekannt und wird sogar in den Leitsätzen der CDU "Die neue Partnerschaft von Mann und Frau" problematisiert. Politische Absichtserklärungen, dieser Situation Rechnung zu tragen, sind mittlerweile von allen Verantwortlichen abgegeben worden, auch aus den Reihen der CDU. Bezeichnenderweise finden Fachtagungen zu diesem Thema in Münster im "Haus der Familie" oder "Franz-Hitze-Haus" statt. Es mangelt aber an der kommunalpolitischen Umsetzung.

Es ist bei allen Sachkundigen unstrittig, daß zur Änderung dieser Situation die Familienrolle der Väter erweitert werden muß. Die gesetzliche Einführung des Elternurlaubs ist nur sinnvoll, wenn nach Wiederaufnahme der Berufstätigkeit die Betreuung der Kinder zuverlässig gewährleistet ist. Die gängige Regel, Mütter nur dann in Arbeitsverhältnisse zu vermitteln, wenn sie die Betreuung der Kinder nachweisen können, ist leider Realität

In Münster stehen den berufstätigen Müttern 65 Plätze für Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung. Man muß aber davon ausgehen, daß ca. 2.500 Kinder unter 3 Jahren berufstätige Mütter haben.

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen wird als Grundrecht in unserer Verfassung gewährleistet. Die Wirklichkeit sieht auch in Münster anders aus. Die Zielsetzung der SPD ist: gleichgültig ob man in Nienberge, in Hilstrup oder in der Innenstadt wohnt: Eltern, die nach Mutterschutz oder Elternurlaub ihre Arbeit wieder aufnehmen, müssen in der Nähe ihrer Wohnung die Möglichkeit haben, einen guten Betreuungsplatz für ihre Kinder zu finden. D. h., das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten so auszuweiten, daß keine soziale Auslese stattfindet. Die Chancengleichheit und die soziale Integration muß gewährleistet sein. Kinder brauchen heute mehr als die Entwicklung in der klassischen Kleinfamilie. Sie brauchen Förderung und Anregung von außen. Die unterschiedlichen Lebenssituationen von Familien verlangen flexible Angebote, die auf die unterschiedlichen Situationen eingehen. Dies kann gegeben sein: In Tagesstätten, in denen Kleinstkinder mit größeren in einer Gruppe betreut werden, bei einer Tagesmutter, die in der Nähe wohnt, bei einer Elternselbsthilfegruppe. Auch nach der Einschulung der Kinder dürfen Eltern mit ihren Sorgen bezüglich der Betreuung nicht allein gelassen werden. Zur Unterstützung sind Ganztagsgrundschulen und auch Hortplätze in erreichbarer Nähe erforderlich.

Männer und Frauen gleich

Man erinnere sich: im Bundesdurchschnitt ist jede 2. Frau mit Kindern unter 15 Jahren berufstätig. Diese Berufstätigkeit von Frauen ist entweder notwendig oder ihr berechtigter Wunsch. Frauen wollen sich nicht länger entscheiden müssen zwischen Berufstätigkeit einerseits und dem Leben mit Kindern andererseits. Sie wollen beides miteinander vereinbaren. Dies ist ein höchst humanes Anliegen.

Die Erweiterung der unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersstufen hat überhaupt nichts mit sozialistischen Tendenzen (WN vom 30.09.1985) zu tun. Sie würde für viele die Möglichkeit der freien Wahl bedeuten.

Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Und vor allem würde sie endlich die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage ausgleichen.

Mit dem Antrag der SPD sollen im kommunalpolitischen Bereich konkrete Schritte eingeleitet werden, diese Möglichkeiten zu schaffen.

Professor Süßmuth, neue Familienministerin, bei einer Veranstaltung in Münster zu diesem Thema: "Plätze, an welchen Kinder einen Teil des Tages mit anderen Kindern und Erwachsenen zusammen verbringen könnten, würden allen helfen."

- Schluß von Seite 2 -
gebaut. An dieser Stelle soll nach dem Willen der CDU auch die Anbindung des Vennheideweges erfolgen, dessen Neu-Trassierung dann eben wieder mitten im Wasserschutzgebiet liegen würde.
Die Hiltruper Bürger, insbesondere die vom Vennheideweg und der Hohen Geest werden die Weitsicht dieser CDU-Planung hoffentlich zu würdigen wissen. Wolfgang Krause

***** IMPRESSUM *****
* Herausgeber: Redakteure: *
* SPD-Ortsverein Jürgen Wimber *
* Münster-Hiltrup Jürgen Schraeder*
* Loddenweg 11 6900 Auflage *

40 Jahre in der SPD Hiltrup



Unsere Genossin Ursula Hasenkamp, geb. Schmitz, kann am 22. Oktober 1985 auf eine 40-jährige Mitgliedschaft in der SPD zurückblicken.

Geht man auf die jüngere Geschichte der Sozialdemokraten in Hiltrup ein, so stellt man fest, daß die Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg durch die Familie Schmitz nicht unerheblich mitgeprägt wurde.

Rudolf Schmitz, Vater von Ursula Hasenkamp, nahm gleich nach seiner Entlassung aus der „riegsgefangenschaft die Suche nach alten SPD-Mitgliedern auf. Der 22. Oktober 1945 war der Neubeginn des Ortsvereins der SPD in Hiltrup. Zu den Mitgliedern, die am gleichen Tag neu in die SPD aufgenommen wurden, gehörte Ursula Hasenkamp. Unter

dem Vorsitz von Rudolf Schmitz stellte auch Ursula Hasenkamp ihre ganze Kraft dem Ortsverein der SPD in Hiltrup zur Verfügung.
Im gleichen Jahr (1945) begann sie mit dem Aufbau einer Jugendgruppe, in der sich etwa 15 Jugendliche unter dem Vorsitz von Ursula Hasenkamp zusammenfanden. Die Aktivitäten der Jugendgruppe beschränkten sich nicht auf Hiltrup, sondern erstreckten sich, selbst unter schwierigsten Verkehrsverhältnissen, auf den Landkreis Münster. Der Grundstein für die späteren erfolgreichen Jahre der SPD wurde bereits in der damaligen Jugendarbeit gelegt.

Die Genossin Ursula Hasenkamp gehörte viele Jahre dem Juso-Vorstand Münster als Schriftführerin an und war beträchtliche Zeit Vorstandsmitglied des SPD-Ortsvereins Hiltrup.

Die kontinuierliche Basisarbeit der Familie Schmitz, insbesondere Ursula Hasenkamps, war sicherlich mit ein Grundstein, daß die SPD bei der letzten Landtagswahl erstmals die stärkste Partei dieser Stadt und dieses Stadtteils wurde.

Wir sagen heute einem Mitglied der ersten Stunde Dank für die unermüdlige Arbeit unter schwierigsten Bedingungen nach dem 2. Weltkrieg und für die Treue zu unserer Partei.

Christiane Eckardt

Gesamtschule II

Seit zum Ende der 60er Jahre in Münster die Friedensschule als Gesamtschule errichtet wurde, wollten immer wieder Eltern ihre Kinder dort bis zum Mehrfachen der Aufnahmekapazität der Schule anmelden.

Die Friedensschule ist eine Schule unter bischöflicher Trägerschaft. Die Eltern der Schüler müssen daher mit dem Bistum Münster einen Schulvertrag schließen. Trotz der konfessionellen Bindung kann die Friedensschule Jahr für Jahr 6 Eingangsklassen bilden und muß zudem noch viele Schüler abweisen. Rückgang der Schülerzahlen findet nur in den traditionellen Schulformen statt.

Eltern, die sich eine Gesamtschule in Münster in nicht-konfessioneller Trägerschaft wünschen, und Eltern, die aufgrund der bekannten Auswahlkriterien damit rechnen müssen, daß die Friedensschule ihr Kind möglicherweise nicht aufnehmen wird, haben sich mit politisch und rechtlich versierten Leuten zusammengesetzt und eine 2. Gesamtschule - in kommunaler Trägerschaft - gefordert.

Das im Schulverwaltungsgesetz vorgesehene Elterninitiativrecht wurde korrekt wahrgenommen. Die Stadt Münster wird alle Eltern von Grundschulern im 3. und 4. Schuljahr fragen, für welche Schulform in der 5. Klasse sie ihr Kind anmelden wollen.

Wenn im gesamten Stadtgebiet 112 Eltern von Viertklässlern erklären, daß sie ihr Kind auf die städtische Gesamtschule schicken wollen, dann muß (!) die Stadt diese Schule zum kommenden Schuljahr einrichten. Und das wird sie auch! Das Gesetz sieht die Gesamtschule in der Regel als Ganztagschule vor. Das will die Stadt möglicherweise umgehen. Auch für die traditionellen Schulformen ist jetzt die Ganztagsform im Gespräch, die die CDU bisher verschlafen hat. Der Fragebogen zur Gesamtschule erkundet das Interesse für die Halbtags- und die Ganztagsform und die Form mit freiwilligen Nachmittagsangebot für alle 4 Schulformen. Die Gesamtschulinitiative hat hier schon etwas bewegt.

Was mir persönlich am vorgesehenen Fragebogen befremdlich erscheint, ist dies: Wir Eltern werden gefragt, ob wir unsere Kinder 1. an einer Hauptschule, 2. an einer Realschule, 3. an einem Gymnasium anmelden wollen. Jetzt werden wir nicht gefragt, wie es von der Systematik her zu erwarten wäre, ob wir unser Kind 4. an einer Gesamtschule anmelden wollen. Nein, es wird nun unterschieden, ob 4. die bischöfliche Gesamtschule

oder 5. eine neue städtische Gesamtschule gewünscht wird. Dabei wird zur Friedensschule überflüssigerweise bemerkt, daß diese eine gymnasiale Oberstufe führt. Das entspricht nur dem gesetzlichen Regelfall. Auch an der städtischen Gesamtschule wird man die Hochschulreife erwerben können, in der Form der Kollegschule darüberhinaus noch einen Berufsbildungsabschluß zusätzlich!!! Diese Form wird von der Initiative angestrebt, um die münstersche Schullandschaft zusätzlich zu bereichern. Entscheidungen darüber können der Natur der Sache entsprechend noch nicht gefallen sein. Deshalb tragen Anmerkungen obiger Art im Fragebogen nicht zur Klarheit bei, eher im Gegenteil.

Was machen nun die Eltern, die ihre Kinder an der Friedensschule anmelden wollen, aber nicht sicher sind, ob die dort angenommen werden? Kreuzen sie jetzt besser bei "4. Friedensschule" und sicherheitshalber auch noch bei "5. Gesamtschule in städtischer Trägerschaft" an???

Nach der Gesamtschule sollte einfach als Punkt 4 gefragt werden! Die Trägerschaft kann für die Statistikfreaks dann noch zusätzlich erfragt werden. Das wäre dann für alle klarer!

Die Errichtung der 2. Gesamtschule wird vermutlich mit 4 Eingangsklassen erfolgen. Diese Schüler werden dann stadtweit anderen Schulen fehlen. Die eine oder andere Schule wird möglicherweise in den 5. Jahrgängen nicht mehr die erforderliche Schülerzahl aufweisen und "auslaufen". Erst vor zwei Jahren hat die Stadt im Hauptschulbereich 15 Schulen zu 10 unstrukturiert, von denen immer noch 6 nicht durchgängig zweizügig sind! Ihre Schülerzahlen liegen unter 300. Bei den Realschulen sieht es teilweise kaum besser aus. An diese "heißen Eisen" muß der Rat in jedem Fall in den nächsten Jahren heran, durch die neue 2. Gesamtschule wohl nur eher.

Die CDU-Ratsfraktion scheint mit ihrer Vernebelungs- und Verunsicherungstaktik vor allem Lehrer vor ihren Anti-Gesamtschul-Karren gegen die Eltern spannen zu wollen. Sie haben zwar gesicherte Arbeit, eine Veränderung ihrer Arbeitsstelle scheinen einige aber als fast unzumutbar zu erleben. Man darf aber davon ausgehen, daß eine neue Schule vor allem besonders engagierte Eltern und besonders engagierte Lehrer zum Nutzen der Kinder zusammenführt. Jürgen Schraeder

Kinder-Seite

Das Blatt

Es war einmal ein kleines Blatt. Im Frühling war es an einem alten Eichbaum gewachsen, zuerst ganz zart und hell, dann immer kräftiger und dunkler werdend, bis es eine tiefgrüne Farbe hatte. Das Eichenblatt hatte den warmen Sommer erlebt, mit seinen leuchtenden Farben, und manchmal war es traurig gewesen, weil es nur grün war. Aber es wusste, daß sich das noch ändern würde. Und richtig, eines Tages, als die kräftigen Sommerfarben langsam verblassten, bemerkte es, daß eine Stelle an ihm etwas gelb geworden war. Da lachte das Blatt, denn nun würde es Herbst werden, und auf diese Jahreszeit hatte es sich schon sein ganzes Leben lang gefreut.

Jeden Tag kam jetzt mehr Farbe in das Eichenblatt, rote, gelbe, grüne und braune Flecken konnte man finden, und wenn die Sonne schien, sah es in seinem braunen Kleid wunderschön aus.

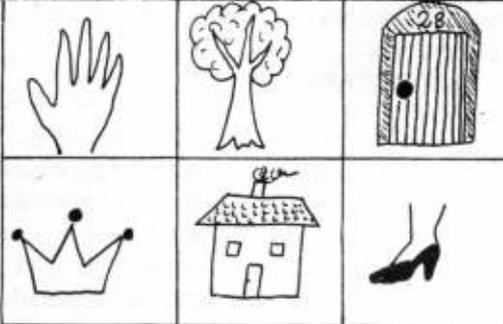
Sein bester Freund war der Wind, denn der konnte es so sanft streicheln, manchmal blies er auch etwas stärker und ließ das Blatt tanzen. Außerdem wusste er, daß der Wind es bald auf eine große Reise mitnehmen würde, und es freute sich sehr darauf. An einem wunderschönen, sonnigen Herbstmorgen war es dann soweit. Das Herbstblatt war nun fast ganz braun geworden und als der Wind etwas stärker blies, ließ es den Zweig, an dem es hing, los und wurde von seinem Freund davon getragen. Zuerst war die Fahrt sehr schnell, das Blatt jauchzte vor Vergnügen, wie es da durch die Luft gewirbelt wurde, es kam ganz außer Atem, und ihm wurde schwindelig. Dann schaukelte der Wind es sanft hin und her, ließ es langsam hinunterfallen und schubste es mit einem kräftigen Stoß kurz über dem Boden wieder hoch in die Luft. Oh, wie war das schön! - Das braune Eichenblatt sah große Wälder und lange, kahle Felder tief unter sich vorbeifliegen, es sah Häuser, Menschen und Tiere, es sah all das, was es nur aus Erzählungen kannte. Darüber wurde es sehr müde, und als auch der Wind schlafen gehen wollte, ließ er das müde Blatt sanft zur Erde gleiten.

Dort schläft es nun zusammen mit vielen anderen Blättern seinen langen, langen Winterschlaf. Im Frühling wird es zu Erde geworden sein, und aus dieser neuen, frischen Erde werden dann wieder Pflanzen wachsen. - Vielleicht auch ein kleiner Eichbaum, mit zarten, grünen Blättern.

Sigrid Liebe-Lohmann

Wißt Ihr, was dieses Bilderrätsel bedeutet?

Lärm Lärm Lärm
 Lärm Lärm
 Lärm Lärm
 Lärm Lärm
 Lärm Lärm
 Lärm Lärm Lärm



Je zwei dieser Bilder ergeben zusammen ein neues Wort. Findet Ihr die 3 Wörter?

Was ist besseres Deutsch?
 Der Buchstabe H ist der neunte im Alphabet
 oder
 H ist der neunte Buchstabe aus dem Alphabet?

Auflösung: Viel Lärm um nichts!

Auflösung: Handschuh, Baumkrone, Haustür!

Auflösung: H ist nicht der neunte, sondern der achte Buchstabe im Alphabet!

Fritz Rolf Baur

Wieviel Gift ist wirklich in der Luft ?

HILTRUP und AMELSBÜREN haben Probleme mit Schadstoffen

Um die Schadstoffproblematik in Amelsbüren ist es in den letzten Monaten still geworden. Die Ruhe ist allerdings trügerisch. Nach wie vor hat die Ziegelei Janinhoff Schwierigkeiten, den Fluorausstoß so zu verringern, daß die nähere und weitere Umgebung nicht mehr mit Fluor belastet wird. Die Erhöhung des Schornsteins, die Herausnahme besonders fluorhaltiger Tonsorten aus der Produktion und die Sanierung der Tunnelöfen haben bis heute nicht verhindern können, daß in bestimmten Bereichen immer noch Fluorkonzentrationen zu finden sind, die das zulässige Maß überschreiten.

Wird vertuscht ?

Bemerkenswert ist bei allem, daß die Beteiligten bisher keine Angaben darüber machen, wie hoch der Fluorausstoß der Ziegelei wirklich ist - Zahlen liegen nur über die an Pflanzen vorgenommenen Messungen vor. Wenig ergiebig sind auch die Aussagen der Fachleute zu den Fragen über die Auswirkungen von Fluor auf die Gesundheit. Die Aussagen reichen von "völlig ungefährlich" bis zur Einschätzung, daß im Verlaufe längerer Fluoreinwirkung (über Jahre) durchaus Knochenveränderungen möglich sind. Dies ist unbefriedigend. Die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, über das genaue Maß des Fluorausstoßes unterrichtet zu werden - erst recht, wenn über die gesundheits-schädigenden Wirkungen offensichtlich keine übereinstimmende Auffassung besteht.

Starke Gefährdung

Diese ganze Problematik hat aber noch einen weiteren, alarmierenden Aspekt. Nach einer unlängst auch in der münsterschen Presse veröffentlichten Untersuchung ist die Luft in Hiltrup außerordentlich schadstoffhaltig. Dies gilt vor

allem für den Bereich Hiltrup-West (Am Burgwall) - im Windschatten der 600 m entfernt liegenden Ziegelei Janinhoff. Nur an einer Stelle im Innenstadtbereich von Münster werden noch höhere Schadstoffwerte gemessen. Dies sollte zu denken geben.

Gefahr für Kinder

Aber es kommt noch schlimmer. Die nächst schlechteste Luftsituation in Münster findet sich ebenfalls in Hiltrup - und zwar im Bereich des Hiltruper Bahnhofs. Bekanntlich sind hier mehrere schadstoffausstoßende Unternehmen angesiedelt. Welches von diesen für die Luftbelastung verantwortlich ist - wahrscheinlich summiert sich der Ausstoß - mag dahinstehen. Die vorgelegten Untersuchungsergebnisse sollten aber für die Stadt Anlaß genug sein, endlich gezielte Messungen durchzuführen, mit deren Hilfe die einzelnen giftigen Substanzen und deren Mengen festgestellt werden können. Seit langem klagt die Bevölkerung östlich des Hiltruper Bahnhofs bis hin zum Emmerbachtal über üble Gerüche und auch über ungewöhnliche Gesundheitsbeeinträchtigungen vor allem der Kinder. Durchschlagenden Erfolg hat dies bei den Verantwortlichen bisher nicht gehabt.

UNSERE FORDERUNGEN

Die Hiltruper SPD fordert die Stadtverwaltung auf, dem Schadstoffproblem endlich ernsthaft nachzugehen und dabei die Bevölkerung laufend aufzuklären. Vergessen wir nicht: die gesundheits-schädigende Wirkung von eingeatmeten Giften treten oft erst mit Verzögerungen von Jahrzehnten ein, dann aber unumkehrbar und mit den schlimmsten Folgen. Deshalb muß jetzt gehandelt werden!